

Seit den Osterdemonstrationen sind im Bundesgebiet gegen über 3000 Demonstranten Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, Aufruhr, Rädelsführerschaft, Hausfriedensbruch etc. eingeleitet worden.

Die ersten Prozesse endeten mit langen Freiheitsstrafen für die Demonstranten. In Frankfurt wurde der Demonstrant Gerhard Paar wegen bloßer Teilnahme an einer Demonstration zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Aus den gleichen Gründen sitzt der persische Kommilitone Nader seit über 20 Tagen in Untersuchungshaft. Seit Montag läuft der Prozess gegen ihn.

Dieser organisierte Angriff der Justiz auf die außerparlamentarische Opposition setzte ein, seit wir mit den Osterdemonstrationen auf ein relevantes Herrschaftsinstrument des autoritären Staates gezielt haben.

Isoliert von dem politischen Zusammenhang einer Aktion läßt sich von einem autoritären Gericht mühelos das politische Verhalten des Angeklagten in unter Straftatbestände fallende Handlungen auflösen. Mit dieser Entpolitisierung politischen Handelns wollen Richter und Staatsanwälte, die sich so zu Agenten des autoritären Staates machen, durch terroristische Urteile Angst vor jeder Form kritischer politischer Praxis erzeugen.

Diese Kampagne der Justiz soll gleichzeitig die Opposition gegen ein technokratisches Hochschulgesetz zerschlagen, das die Integration der letzten noch nicht ganz systemkonform gemachten Institution leisten will.

Diesem frontalen Angriff kann nur die Selbstorganisation der Studenten in Basisgruppen etc. wirksam begegnen.

Wir rufen auf zu einem

t e a c h - i n

am Dienstag (heute), 22.10.68, 20.00 Uhr, Hörsaal VI

Diskussionsthemen:

1. Stand der Prozesse und Ermittlungsverfahren in der BRD
2. Legitimation unserer Aktionen gegenüber der Entpolitisierungsstrategie der Justiz
3. Der Schein der Gewaltenteilung: der Zusammenhang zwischen Justiz und Polizei
5. Politischer Gehalt von Regeln vor Gericht und die praktischen Konsequenzen des Regelbruchs
6. Gegenstrategien der Studenten: Hochschulbasisgruppen

Rechtsanwalt M a h l e r aus Berlin wird einen Diskussionsbeitrag halten.

Frankfurter Richter und Staatsanwälte sind eingeladen.